

Burgenland: Soziales und Pflege „wieder in die Hände eines intelligent agierenden Staates“ legen?

Hubert Höllmüller, Barbara Zach

Im Burgenland wird seit einigen Jahren der Sozial- und Pflegebereich umstrukturiert - in erstaunlicher Geschwindigkeit und in großem Umfang. Unter dem Motto „Daseinsvorsorge in staatlicher Hand“ werden Angebote und Dienstleistungen, die bisher etwa von privaten Trägern zur Verfügung gestellt worden waren, in ein staatsnahes Unternehmen transferiert oder direkt vom Land übernommen („Insourcing“). Was auf den ersten Blick wie eine Rückkehr in die 70er Jahre, in die Zeit des Aus- und Aufbaues des Wohlfahrtsstaates anmuten mag, wird von manchen Betroffenen als Apokalypse erlebt und könnte sich auf den zweiten Blick simpel als Einsparungskurs entpuppen. Weder in der burgenländischen noch in der österreichweiten Sozialarbeitslandschaft wird eine Diskussion über diesen „burgenländischen Sonderweg“ geführt. Das erstaunt, denn es handelt sich um eine österreichweit quantitativ und qualitativ einzigartige Entwicklung, die auch Kernbestandteile des Professionsverständnisses Sozialer Arbeit tangieren könnte, wie etwa die Frage des politischen Mandats. Wir haben recherchiert, mit Betroffenen gesprochen und versuchen mit diesem Artikel einen Beitrag zu einer fälligen Diskussion zu liefern.

„Doskconomics“: Shoppingtour eines Landeshauptmanns vs. intelligent agierender Staat?

Etwa ab 2020 wurden große Bereiche der Sozialen Arbeit und der Pflege im Burgenland sukzessive in die „Sozialen Dienste Burgenland GmbH“ (SDB) integriert. Die SDB sind ein gemeinnütziges Unternehmen mit derzeit rd. 1.200 Beschäftigten, ihr Aufsichtsratsvorsitzender der Landesrat für das Sozialwesen, dessen Zuständigkeit auch Gewerberecht, Wirtschaftsförderung und einiges Andere mehr umfasst. Die SDB wiederum sind eine Tochter der „Landesholding Burgenland GmbH“, eines 2016, also vor der Ägide Doskozil gegründeten, zu 100% im Landesbesitz stehenden Unternehmens mit rd. 6.600 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von 3,2 Mrd. Euro (2023). Es ist der größte Wirtschaftskonzern des Landes. Der Landesholding gehören 81 Unternehmen an: Energieversorgung, Tourismus- und Kulturbetriebe, Fachhochschule, Wohnbaugesellschaft, Verkehrsbetriebe, Spitäler, Immobilienverwaltung usw. Die

Landesholding übernimmt zudem Bereiche wie Buchhaltung, Marketing und Kommunikation, Personalmanagement oder Rechtsberatung für ihre Töchterunternehmen. Ihr Vorstandsvorsitzender heißt Hans-Peter Doskozil. Als privatwirtschaftliches Unternehmen unterliegen weder Holding noch ihre Töchter der parlamentarischen Kontrolle.

Bestandteil der Sozialen Dienste Burgenland sind: Psychosozialer Dienst Burgenland, Suchtkoordination und Suchtprävention, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie Burgenland, das heilpädagogische Zentrum Rust, das Krisenzentrum Mörbisch, Frauenhaus, Sozialhaus, Sonnenmärkte & Sonnencafes, Mobile und (teil-)stationäre Pflege (inkl. Hospitz- und Palliativversorgung, Hauskrankenpflege, Wundmanagement, Pflegewohnhäuser etc.), Pflegeberatung, Anstellungsmodell für betreuende Angehörige, Persönliche Assistenz, Netzwerk Kind - Frühe Hilfen, Schulasistenz.

Einige dieser Tätigkeitsbereiche waren davor von privaten Trägern angeboten worden, etwa die mobile Pflege, mobile Hospitz- und Palliativversorgung, Hauskrankenpflege, Schulasistenz, Persönliche Assistenz, Frauenhaus, Sozialhaus, Netzwerk Kind. Das Frauenhaus verstand sich, in der Tradition der Frauenhäuser stehend, als autonomer Verein - auch sie sind nun Teil der oben beschriebenen Megastruktur inklusive männlichem Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzenden, inklusive Verlagerung der Öffentlichkeitsarbeit und Personalhoheit in die Landesholding. Die Sonnenmärkte (Sozialmärkte) und Sonnencafes wurden neu und parallel zu bestehenden Strukturen (Pannonische Tafel) geschaffen.

Der Umbau im Sozial- und Pflegebereich erklärt sich vor dem Hintergrund dessen, was Kritiker und Kritikerinnen als „System Doskozil“ oder „Doskonomics“ bezeichnen. Sie besteht u.a. aus folgenden Elementen: hohen staatlichen Investitionen in die Infrastruktur, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Maßnahmen zur Inflations- und Armutsbekämpfung und deutlich über dem Österreichschnitt (Verlängerung Mietpreisdeckel, Energiekostenzuschüsse), enorme Investitionen in Unternehmensbeteiligungen oder -aufkäufe, Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand (s.o.). Daneben gelten Maßnahmen wie „Anstellung für pflegende Angehörige“ oder der Mindestlohn von 2.300€ netto für alle Beschäftigten des Landes und der Gemeinden als Leuchtturmprojekte. Der neueste Clou, vermutlich nicht zufällig kurz vor der Landtagswahl im Jänner 2025 bekanntgegeben, ist die Gründung des „Fanclub Burgenland Energieunabhängig“, einem Verein, der seinen Mitgliedern ein vergünstigten Strompreis anbietet: Auf 20 Jahre wird ein Strompreis von 10 Cent/kWh garantiert, der damit schon heute um fast die Hälfte unter dem gängigen Marktpreis liegt.

Die SPÖ Burgenland bedient sich im Marketing ihrer Politik gerne einer anti-neoliberalen und (regional-)nationalistischen Rhetorik. Sie spricht sich beispielsweise „für einen starken Staat“ aus: „Die Liberalisierung und Privatisierung großer Teile der Daseinsvorsorge war ein Fehler. Ob im Gesundheits-, Sozial- oder Sicherheitsbereich -

private Unternehmen verfolgen keine öffentlichen Interessen, viele sind allein zur Maximierung der Gewinne ihrer Aktionäre verpflichtet. Ich trete dafür ein, Aufgaben im Bereich der elementaren Daseinsvorsorge durch eine starke öffentliche Hand und gemeinnützig zu organisieren“ (www.hanspeterdoskozil.at). Oder: „Weil Profitorientierung an den Pflegebetten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger keinen Platz hat, sieht der Plan für burgenländische Einrichtungen bei Bezug von Landesmitteln das Prinzip der Gemeinnützigkeit vor“ (Land Bgld. 2020, 30). Oder „Das Burgenland will lieber selbst entscheiden, anstatt ferne Konzerne über das Burgenland entscheiden zu lassen“ (burgenland.spo.e.at). In Bezug auf die Soziale Arbeit heißt es im „Zukunftsplan Burgenland“, dem Arbeitsprogramm der Burgenländischen Landesregierung 2020/2024: „Durch ein strategisches Insourcing [...] sollen Leistungen der sozialen Arbeit im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe [...] wieder in die Hände eines intelligent agierenden Staates gelegt werden.“

Dieser kritische Befund zur Liberalisierung und Privatisierung von sozialen Angeboten und Versorgungsstrukturen ist aus der Perspektive der Sozialen Arbeit nachvollziehbar. Allerdings stellt sich die Frage, ob es staatliche Strukturen im Sinne der Bedarfe der Klienten und Klientinnen besser machen bzw. welche Monitoring Mechanismen nötig sind, um den tatsächlichen Nutzen für die Betroffenen sicherzustellen.

Begleitet wird der etatistische Kurs von einer fremdenfeindlichen Abgrenzungsrhetorik, die das Grundrecht auf Asyl unter dem Titel „Sicherheitspolitik“ verhandelt und durch „Asyl-Obergrenzen“ weiter aushöhlen will, von „negative Auswirkungen auf unser Wertesystem“ spricht und Asylwerbende zu Zwangsarbeit verpflichten will (www.hanspeterdoskozil.at).

„Doskconomics“: Erfolge auf wessen Kosten?

Schwerpunktziele der „Doskconomics“ liegen laut Regierungs- und Parteiprogramm im Gesundheits-, Pflege und Sozialbereich, etwa in der Armutsbekämpfung, leistbarem Wohnen, Verhinderung eines Pflegenotstands oder der Zwei-Klassen-Medizin im Burgenland. Tatsächlich liegt das Burgenland bei relevanten sozioökonomischen Indikatoren an der Spitze Österreichs, was allerdings z.T. schon für die Jahre vor Doskozil gegolten hat. Die Armutsgefährdungsrate des Burgenlandes liegt mit 8,9% signifikant unter den 14,9% des Bundesdurchschnitts (EU-SILC 2023). Nach Niederösterreich kann das Land das höchste verfügbare Jahreshaushaltseinkommen aller Bundesländer vorweisen, wobei sich Burgenland dabei vom 8. Platz nach EU-SILC 2015 auf den 2. Platz EU-SILC 2023 vorgeschoben hat. Das Land hat die niedrigsten Wohnkosten im Ländervergleich und Spitzenwerte bei der Lebenszufriedenheit (EU-SILC 2023).

Was in der beeindruckenden Bilanz allerdings fehlt sind Angaben darüber, mit welchem Geld und mit welcher Nachhaltigkeit die enormen Investitionen getätigt wurden, die zu diesen Wohlstandszuwächsen geführt haben. Die Oppositionsparteien vermuten eine

Finanzierung auf Pump, können ihren Verdacht allerdings nicht hinreichend belegen, da das Parlament kaum Zugang zu den Finanzdaten des größten Wirtschaftsbereiches, der Landesholding, hat, auch wenn diese im Landesbesitz steht. Regelmäßig werden parlamentarische Anfragen gestellt und genauso regelmäßig von der SPÖ mit dem Hinweis abgeschmettert, dass die Landesholding oder ihre Töchterunternehmen als selbständige Unternehmen nicht dem Interpellationsrecht unterliegen.

Die Oppositionsparteien üben deshalb harsche Kritik am „System Doskozil“, das sie als undemokratisch, als Verhöhnung des Parlaments, als gefährlich für die Wirtschaft und als Weg in den Bankrott des Landes bezeichnen. Sie nutzen alle zur Verfügung stehende außerparlamentarischen und parlamentarischen Möglichkeiten (Anträge, Ausschussarbeit, dringliche Anfragen, Fragestunden...) um zu protestieren und Licht in die „Black Box Landesholding“ zu bringen, was die SPÖ (zum Zeitpunkt des Verfassens des Artikels in der Alleinregierung) verweigert. Sie verweist demgegenüber gerne auf die Möglichkeit einer Finanzprüfung durch den Burgenländischen Rechnungshof. Der wiederum ist weder personell noch von seiner Agenda darauf ausgerichtet, regelmäßig die Landesfinanzen zu überprüfen, und die Idee, dem Parlament diese Überprüfmöglichkeit zu entziehen, erscheint an sich als demokratiepolitisch problematisch.

Im Jahr 2022 hat der Burgenländische Rechnungshof allerdings einmal von seiner Prüfmöglichkeit Gebrauch gemacht und die Bilanzen der Landesholding und des Landes Burgenlandes unter die Lupe genommen. Das Ergebnis war auffallend: Der Bgld. Landtag wisse nur über rd. 1/3 der Finanzschulden des Landes Bescheid, für die restlichen rd. 63 Prozent der Landesschulden „gab es damit keine Information des Bgld. Landtages, weder im Wege des Landesvoranschlages bzw. Finanzplanes noch im Rechnungsabschluss des Landes Burgenland“ (lblr 2022, 67). Die Finanzschulden der Landesholding werden allerdings vom Land Burgenland besichert und können lt. Rechnungshof deshalb als zusätzliche und „latente Schulden“ gesehen werden. Die Schulden beliefen sich auf einen historischen Höchststand von 1,8 Mrd. €. Von den Finanzschulden waren rd. 45 Prozent endfällig, teilweise mit Laufzeiten von bis zu 44 Jahren, d.h. die Tilgung der Schulden wird schlicht in die Zukunft verschoben. Der Rechnungshof stellt weiters fest: „Eine umfassende und kongruente Finanzierungsstrategie für das Land Burgenland selbst sowie seiner Landesbeteiligungen lag nicht vor. Der

BLRH empfahl die Ausarbeitung einer umfassenden und kongruenten Finanzierungsstrategie für das Land Burgenland selbst sowie seiner Landesbeteiligungen und einen entsprechenden Regierungs- bzw. Landtagsbeschluss dazu“ (lblr 2022, 39f.). Dieser Empfehlung kam die SPÖ-Regierung bislang nicht nach, die Landesholding und damit ein großer Teil der Landesfinanzen bleiben eine Black-Box. Damit ist auch die demokratische Auseinandersetzung über die Wirtschafts-, Sozial-, oder Gesundheitspolitik etc. nur erschwert möglich, da relevante Diskussionsgrundlagen fehlen.

„Doskconomics“ im Sozial- und Pflegebereich

Die auch für das Insourcing des Sozial- und Pflegebereichs zentrale Frage lautet also, ob das Land Burgenland bzw. die SPÖ Burgenland „intelligent“ agiert bzw. was unter „intelligent agierendem Staat“ verstanden wird. Dass es ihm an demokratischer Mitbestimmung mangelt, deutet sich nach dem bisher Beschriebenen bereits an.

Beispiel Wundmanagement: 2022 wurde die flächendeckende Versorgung, Koordination und Abwicklung des Wundmanagements im Burgenland von den SDB übernommen, d.h. Kassenrefundierung für Leistungen aus dem Wundmanagement bekommen Patienten und Patientinnen nur mehr, wenn die vom SDB behandelt werden. Damit werden private Unternehmen, die Wundversorgung anbieten, vom Markt verdrängt. Die Übernahme fand ohne demokratische Einbeziehung der Experten und Expertinnen statt, also der bisherigen Fachkräfte für Wundmanagement oder ihrer Patienten und Patientinnen. Eine parlamentarische Anfrage der Grünen nach Anzahl der Personen, die von der SDB nun im Bereich Wundmanagement angestellt wurden, ihrer Arbeitszeitregelung oder Aufgabengebieten wurde lapidar (nicht) beantwortet: „Die Personalsteuerung obliegt den Organen der Soziale Dienste Burgenland GmbH (SDB). Bezüglich Handlungen von Organen selbständiger juristischer Personen (Unternehmungen), wie die SDB eine ist, wurde bereits mehrfach in Beantwortungen schriftlicher Anfragen dargelegt, dass diese Handlungen nicht Gegenstand parlamentarischer Anfragen bilden können“ (Bgl. Landtag 2023).

Ähnliches gilt sich auch für andere Bereiche und sogar für die großen Player am Markt Sozialer Dienstleistungen wie Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Hilfswerk etc.: Sie erfahren aus der Zeitung, dass ihr langjähriges Geschäftsfeld von den SDB übernommen wird oder sie sich für eine Ausschreibung (neu) bewerben müssen. Hinweggegangen wird dabei auch über die Köpfe der Patienten und Patientinnen; funktionierende Systeme werden zerschlagen (Redaktion ORF Burgenland 2022).

Im „Zukunftsplan Burgenland“ steht zum Insourcing der Sozialen Arbeit im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe auf den Seiten 34 und 35:

„Die Soziale Arbeit in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ist eine elementare Aufgabe, die zur psychosozialen Daseinsvorsorge zählt. In den letzten Jahren entstand ein großer Markt für entsprechende Dienstleistungen und Organisationen. Durch ein strategisches Insourcing (Wiedereingliederung) sollen Leistungen der sozialen Arbeit im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wie zum Beispiel die Familienintensivbetreuung usw. wieder in die Hände eines intelligent agierenden Staates gelegt werden. Konkret sollen Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen direkt beim Land über die Bezirkshauptmannschaften angestellt werden, wo auch eine durchgehende Fachlichkeit und Fallverantwortung gegeben ist. Dadurch reduzieren sich einerseits rapide die Kosten und andererseits kann sich die Qualität in der konkreten

Betreuung erhöhen, weil sich Overheadkosten minimieren und so mehr Unterstützungsarbeit in den Familien und bei den Kindern geleistet werden kann.“

Zur Bekämpfung von Armut und Herstellung von sozialer Gerechtigkeit wird der Bedarf zusätzlicher Maßnahmen konstatiert. In Referenz zu Fakten, dass im Burgenland rund 49.000 Menschen von Armut gefährdet sind und dass an die 14.500 Pensionist:innen mit der Mindestpension von 885 Euro (Stand 2019) auskommen müssen wird festgestellt, dass sich „[...] viele dieser Menschen [...] den „täglichen Einkauf“ nur noch bedingt leisten [...]“ können. „Aus diesen Gründen soll ein Sozialmarkt pro Bezirk bis zum Jahr 2025 errichtet werden, in dem Burgenländer bis zu einer gewissen Einkommensgrenze günstig einkaufen können. In diesen Sozialmärkten sollen auch entsprechend der Bio-Wende Bio-Produkte zu fairen und erschwinglichen Preisen angeboten werden. Mit den Sozialmärkten soll eine Teilhabemöglichkeit in einem zentralen Lebensbereich flächendeckend für das Burgenland geschaffen werden.“

Es geht hier also um zwei Handlungsfelder Sozialer Arbeit, deren „strategischem Insourcing“ mehrere Effekte zugeschrieben werden:

- Durchgehende Fachlichkeit und Fallverantwortung
- Dadurch eine rapide Reduktion der Kosten
- Durch eine Minimierung der Overheadkosten kann mehr Unterstützungsarbeit in den Familien und bei den Kindern geleistet werden.

Alleine das Wiedereingliedern von ambulanten Hilfen in die behördliche Verwaltungsstruktur ist ein Modell, das im deutschsprachigen Raum gegenläufig zum allgemeinen Trend ist. In der Literatur zur „Sozialen Arbeit in Zeiten des Neoliberalismus“ werden gerade die Privatisierung und Kommerzialisierung von Sozialen Dienstleistungen als Teil einer Ökonomisierung und des Sozialabbaus kritisiert, von einer gegenläufigen Tendenz ist unseres Wissens nirgendwo die Rede. Die Vergabe der Leistungen und Angebote des Kinder- und Jugendhilfesystems an private, meist gemeinnützige Organisationen wird im Allgemeinen damit begründet, dass diese flexibler in der Reaktion auf Bedarfsschwankungen und in der Entwicklung neuer Angebote sind und dass die Behörde so finanzielle Risiken auslagern kann bzw. privat durchgeführte Leistungen und Angebote billiger sind. Ob kleinere Träger tatsächlich „bessere Ergebnisse“ liefern als große, hängt allerdings von vielen Faktoren ab, zentral von der Finanzierungslage und nicht zuletzt von den Werthaltungen in der Beurteilung eines „Besseren“. Nikolaus Dimmel, u.a. Soziologe und Experte für Sozialwirtschaft, konstatiert, dass sich durch den neoliberalen Systemumbau die Bedingungen für die kleineren, freien Träger in der Sozialen Arbeit so verschlechtert hätten, dass sie viel von ihren positiven Wirkungseffekte eingebüßt hätten:

„Von den 1950er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre sind Innovationen in Organisationen des Sozialwesens überwiegend in Nischen auf Grundlage von Experimenten entstanden, wobei entweder Gründerfiguren in Pionierorganisationen oder

Berater*innen und Betreuer*innen, die mit neuartigen sozialen Problemkonstellationen konfrontiert waren, diese Projekte ausgelöst bzw. veranlasst haben. [...] Auf eben diese Weise sind Instrumente und Einrichtungen wie die Schuldner*innenberatung, die aufsuchende und nachgehende Sozialarbeit, das Netzwerk von Frauenhäusern und Not- schlafstellen, die Bewährungshilfe, die Lebenshilfe oder die extramurale Psychiatrie der Pro Mente entstanden.

Heute stellt sich die Situation signifikant anders gelagert dar. Der Schwerpunkt der Innovationstätigkeit hat sich, bedingt durch den Siegeszug des Ökonomisierungs-, Vermarktlichungs- und Verwettbewerblichungsparadigmas, durch die entsprechende Umbasierung des Förderwesens auf Leistungsverträge und vorgeschaltete Vergabeverfahren, bedingt auch durch sozial- und wohlfahrtsstaatliche Retrenchment-Policies, bedingt durch die Politik der Austerität sowie die massive Delegitimation wohlfahrtsstaatlicher Interventionen, hin zu großen Leistungserbringern verschoben [.]. Innovation wurde also zu einer Funktion der ‚economies of scale‘ [...]. Dieser Prozess [...] zeitigte indes paradoxe Folgen. Zum ersten hat sich das Innovationstempo bzw. die Innovationsrate bei den Dienstleistungsinnovationen [...] deutlich verlangsamt und ist feldbezogen beinahe zum Stillstand gekommen. [...] Zum zweiten kam es zu einer Marktberreinigung, Konzentration der verfügbaren Budgets bzw. Oligopolisierung der sozialen Dienste“ (Dimmel 2018, 108ff.).

Sehr hierarchischen und komplexen Organisationen, wie es Behörden sind, streitet die moderne Organisationstheorie allerdings die Fähigkeit ab, mit komplexen Problemlagen lösungsbezogen umzugehen (vgl. Laloux 2017, Dimmel 2021).

Ein Klima der Angst

Wir haben versucht, über eine Ausschreibung des Berufsverband OBDS tätige Sozialarbeitende zu finden, die uns über ihre Erfahrungen erzählen möchten. Weder über diesen Weg noch über Nachfragen in diversen Netzwerken war es leicht, Personen zu finden, die für ein Interview bereit waren. Es kam immer wieder dieselbe Rückmeldung: Es möchte niemand darüber sprechen, auch wenn absolute Anonymität zugesagt wird. Die angefragten Personen fanden es zwar sehr wichtig Öffentlichkeit herzustellen, weil die Zustände skandalös seien, hatten aber zu große Angst vor Repressalien und Arbeitsplatzverlust. Schließlich fanden wir nach nochmaliger Recherche Vertreterinnen von vier Einrichtungen (insgesamt sieben Personen), die uns ihre Erfahrungen mit dem „strategischen Insourcing“ und den damit verbundenen Umbauten der burgenländischen Soziallandschaft erzählten. Einige aussagekräftige Sätze aus den Transskripten finden sich in den Kästchen und seien hier kurz analysiert.

Die interviewten Personen erzählen von einem Vorgehen dieses „intelligent agierenden Staates“, in dem sie abgewertet und gedemütigt werden, wo Unwahrheiten über sie verbreitet werden, wo es keine Kooperation gibt und Intransparenz und auch

Inkompetenz herrscht (siehe Kasten 3). Besonders bitter ist die Erfahrung einer Organisation, die jahrelang mit sehr geringen finanziellen Mitteln und über Selbstausbeutung funktioniert hat, und als sie nach Subventionserhöhung fragten, ihnen genau das zum Verhängnis wurde (siehe Kasten 2). Alle interviewten Personen berichteten über ständig wechselnde Ansprechpersonen und Verantwortlichkeiten in der zuständigen Abteilung des Landes, was zu Chaos in der Verwaltung, Liegenbleiben von Förderansuchen, widersprüchlichen Auskünften und generell zu großer Unsicherheit führt.

Andere berichten, dass sie über lange Zeit um eine konstruktive Diskussion mit den Verantwortlichen im Land bemüht waren, aber nicht gehört, letztlich in ihrer Kompetenz verhöhnt wurden, was von den Interviewten auch auf sexistische Muster zurückgeführt wird (Männer in der Finanzverantwortung und mit mangelnder sozialer Kompetenz).

Berichtet wurde auch, dass das Land gerne Konzepte der NPOs abkuppert und diese aus dem Markt zu drängen versucht. So geschehen im Fall der Sonnenmärkte (Sozialmärkte), deren Konzept demjenigen der Pannonischen Tafel sehr ähnelt, mit einem entscheidenden Unterschied: Im „Wohnzimmer“ der Pannonischen Tafeln erhalten die Besucher und Besucherinnen unentgeltliche Unterstützung durch eine bei der Tafel angestellte Sozialarbeiterin. Im Fall der Sonnencafés sitzt dort eine behördliche Sozialarbeiterin, womit das „Wohnzimmer“ der Sonnenmärkte zum ausgelagerten Amt wird; entsprechend „kalt“ wird die Atmosphäre dort empfunden. Im Zuge der Etablierung der Sonnenmärkte wurde mit sehr drastischen Mitteln versucht, die seit vielen Jahren aktive Pannonische Tafel aus dem Markt zu drängen; das Geschehen ist auf Facebook und Instagram nachzuvollziehen.

Wir sind ja drei Jahre mit ihnen in Sitzungen gesessen und die Kritik ist einfach an denen abgeprallt.

Ich finde es immer so interessant, wenn diese jovialen Männer so dazitzen [...] und dann hat er gesagt: „Ja, ich hab das Wirtschaftsressort und das Soziale, aber ich bin ja überhaupt nicht sozial. Das habe ich halt nehmen müssen.“

Ja, was halt auch arg ist, dass sie uns wirklich also mit Falschaussagen versuchen zu diskreditieren. Also wirklich eigentlich Rufmord betreiben.

Einig waren sich die Interviewten des Weiteren, dass es an einer unabhängigen, wissenschaftlichen Begleitung des „burgenländischen Sonderweges“ fehlt. Mit der Evaluierung von Maßnahmen im Sozialbereich wird gerne die FH Burgenland beauftragt, ebenfalls eine 100%ige Tochter der Landesholding. Von 2014-2019 leitete Roland Fürst das Department Soziales an der FH Burgenland; er stieg danach in der Landespolitik auf und ist mittlerweile Klubobmann der SPÖ Burgenland. Sein Nachfolger, von vielen als sehr zugänglicher und netter Mensch beschrieben, wurde bedauerlicherweise auch dadurch bekannt, dass er im Wahlkampf 2020 eine Hymne auf Doskozil dichtete und bei Wahlkampfauftritten zum Besten gab. Den Evaluierungsbericht, der über die

Pannonische Tafel angefertigt wurde, konnten wir einsehen - er stellt der Pannonischen Tafel ein sehr gutes Zeugnis aus, geht aber nicht auf die möglichen Parallelstrukturen und die damit verbundenen Fragen ein.

Für das Burgenland könnte die Analyse von Dimmel (2018) die Übernahmepolitik der SPÖ zum Teil erklären: Gerüchtweise konnte oder wollte bspw. die ehrenamtliche Leitungsstruktur des

„Frau X, Sie sitzen ja noch da. Gestorben sind Sie ja noch nicht, oder? Seids ja noch nicht verhungert?“ Also, so was Niederträchtiges, also. Und warum kriegen wir keine Förderungen? „Naja, Frau X, ihr habt es ja immer geschafft. [...] Das ist euer Problem, wenn ihr es immer schafft, dann geben wir euch nichts.“

Dass man halt Angst haben muss um seinen Job [...]. Also das kann es nicht sein. Das ist so arg, unfassbar. Du wirst nur verhöhnt. Gedemütigt. Unter Druck gesetzt. Also wo man halt einfach merkt, sie haben keine Ahnung, was von Armut betroffene Menschen wirklich brauchen würden.

Frauenhauses den steigenden Druck der immer komplexer werdenden Betriebsführung nicht mehr stemmen und ergriff dann „freiwillig“ die „helfenden Hand“ des Staates. Andere kleinere Träger wurden demotiviert und so aus dem Markt gedrängt, indem ihnen unlautere Motive (Profitstreben) unterstellt oder sie finanziell ausgeblutet wurden. Die burgenländische Dienstleistungsstruktur im Bereich Soziale Arbeit und Pflege war seit langem durch das Oligopol der großen Träger (Caritas, Volkshilfe, Diakonie, Rotes Kreuz etc.) bestimmt, und es könnte sein, dass diese Marktmacht für einen „Machtpolitiker“ wie Doskozil zu schwierig im Handling wurde - diese Meinung wurde in den Interviews vertreten.

Irgendwann gibt es einen Moment, wo du den Mund aufmachen musst. Angenehm ist es nicht. Also es ist wirklich nicht angenehm, wenn du jeden Tag in der Früh aufwachst, weil du wirst ja auch bedroht mit: Ich muss meinen Mund halten, weil sonst... Der Herr X (hoher Landesbediensteter, d.A.) hat mir schon gedroht er zeigt mich an aufgrund meiner Äußerungen. Er hat das wieder umgedreht: „Das ist Rufmord, und das stimmt ja alles nicht!“ Ich habe aber überall die Beweise gehabt. [...] Ich rede nicht einfach irgendwas, sondern ich recherchiere schon vorher und schau, dass ich auch Beweise habe. Und trotzdem wird das natürlich [...] Er wird mich anzeigen, wann ich so was noch mal mache. Du machst dir Gedanken, wie irgendwann einmal das Land reagiert. Du hast einen mächtigen Gegner. Du wachst über zwei Wochen jeden Tag in der Früh auf, mit flatterndem Herzen und machst das Handy an und denkst: „So, und was kommt jetzt?“

Versuch einer Schlussfolgerung

Auch wenn sich nur wenige Betroffene interviewen ließen, so zeichnet sich zusammen mit den anderen Daten und Fakten, die sich recherchieren ließen, doch ein bestimmtes Bild ab:

Nachdem die Finanzen der SDB nicht öffentlich zugänglich sind und es auch kaum unabhängige Begleitforschung gibt, können Fragen nach Effizienz und Effektivität der neu geschaffenen Strukturen nicht beantwortet werden. Im Allgemeinen sind staatliche, in dem Fall staatsnahe, Strukturen nicht unbedingt für ihre Effektivität bekannt. Im Inneren der eingegliederten Organisationen wie in manchen Bereichen des Landesdienst herrscht ein Klima der Angst und Einschüchterung.

In einem uns bekannten Fall wurde eine innovative kleine Organisation, deren Angebot sehr gut nachgefragt war, finanziell ausgeblutet und das Angebot ersatzlos vom Markt genommen - das Insourcing könnte also durchaus auch als Sparprogramm dienen. Dem tiefgreifenden Umgestaltungsprozess im Sozial- und Pflegebereich ging keine fachliche Diskussion voraus, an der sich die betroffenen Organisationen beteiligen hätten können.

Politisches Mandat: Die Öffentlichkeitsarbeit der Organisationen musste bei deren Eingliederung ja an die Landesholding abgetreten werden, und das nimmt natürlich jede Möglichkeit einer Kritik an der Landespolitik, dem eigenen Arbeitgeber. Auch die Hierarchie großer Apparate ist einem offenen Meinungs austausch nicht förderlich. Wird Soziale Arbeit zur rein staatlichen Aufgabenerfüllung, verliert sie ihr „drittes Mandat“ und droht zum Handlanger einer anti-demokratischen Politik zu werden.

Dennoch halten wir die Idee eines „Insourcing“ für spannend und wertvoll genug, um dort, wo sie gegen den Mainstream versucht wird, mit wissenschaftlicher Distanz zu analysieren, welche Effekte sie hat bzw. haben kann. Deshalb ist aus unserer Sicht dringend zu empfehlen, dass die für den Umbauprozess verantwortlichen Personen eine entsprechende externe, partizipativ angelegte Evaluation und in weiterer Folge eine Begleitforschung einsetzen, im Rahmen derer Mitarbeitende offen und angstfrei ihre Erfahrungen schildern können.

Literatur

Bgld. Landes-Rechnungshof (blrh) (November 2022): Prüfungsbericht „Finanzschulden ‚Konzern Burgenland‘ zum 31.12.2021“, https://www.blrh.at/wp-content/uploads/2024/04/Pruefungsbericht_Finanzschulden_Konzern_Burgenland_zum_31.12.2021.pdf (04.11.2024).

Bgld. Landtag (13. Jänner 2023): Anfragebeantwortung 22 - 1268, LR Schneemann.

Dimmel, Nikolaus (2021): Sozialbürokratie und soziale Ausschließung, in: Anhorn, Roland & Stehr, Johannes (Hg.) Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit (Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit). Wiesbaden: Springer VS, 1005-1023.

Dimmel, Nikolaus (2018): Innovationsmanagement im Österreichischen Sozialwesen, in: Eurich, Johannes; Glatz-Schmallegger, Markus; Parpan-Bla-ser, A. (Hg.) Gestaltung von Innovationen in Organisationen des Sozialwesens. Rahmenbedingungen, Konzepte und Praxisbezüge. Wiesbaden: Springer VS, 103-126.

Laloux, Frederic (2017): Reinventing Organizations, München: Verlag Franz Vahlen.

Land Burgenland (2020): Zukunftsplan Burgenland, Arbeitsprogramm der burgenländischen Landesregierung für die XXII Gesetzgebungsperiode 2020 bis 2025 des burgenländischen Landtages.

Redaktion ORF Burgenland (29. September 2022). Trägerorganisationen kritisieren neues Pflegemodell scharf. <https://burgenland.orf.at/sto-ries/3175789/> (05.11.2024).

Soziale Dienste Burgenland (2023): unterstützen - behandeln - pflegen, https://www.soziale-dienste-burgenland.at/fileadmin-pflegesoziales/user_upload/Jahresbericht_2023_SDB.pdf (05.11.2024).

Autor*innen:

Hubert Höllmüller, Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Jugendalter, Lehrgangsführung „Akademische Jugendsozialarbeit“, „Erlebnispädagogik“ und „Familienrat“ an der Fachhochschule Kärnten, Lehraufträge an der TH Köln und der FH Potsdam, Forschungen zur Kinder- und Jugendhilfe und zum Westsaharakonflikt.

Barbara Zach, Politikwissenschaftlerin, Erwachsenenbildnerin, Sozialarbeiterin mit langjähriger Praxis in den Arbeitsfeldern Flucht/Migration, psychosoziale Versorgung, Frauen- und Mädchenberatung; Methode: psychosoziale und personenzentrierte Beratung. Freiberuflich Lehrende an FH und Universität. Feministin und Marxistin.